

Der Tagesspiegel. – 12.01.2019

Frank Herold

## Pläne des russischen Staatschefs Wladimir Putin will offenbar der Über-Präsident werden

Putin wäre gerne lebenslang Präsident – einer russisch-weißrussischen Föderation. Nachbar Lukaschenko in Minsk wäre davon wenig begeistert.

*Плани російського лідера Володимира Путіна, мабуть, прагнуть стати наддержавними*

*Путін хотів би бути президентом на все життя - російсько-білоруської федерації. Сусід Лукашенко в Мінську не в захваті від цього.*

*П'ять років залишається Володимир Путін ще на посаді президента Росії, відповідно до Конституції, це буде його останній термін. Однак множаться сигнали, що Путін в 2024 році - тоді йому буде 71 років, і чверть століття при владі - шукає альтернативу виходу на пенсію. Тут, сусідня Білорусь входить в фокус. Білоруський президент у відповідь каже: «Росія збирається втратити свого останнього союзника на Заході». Сценарій відомий, у Лукашенка є образ України. Задовго до зміни влади в Києві Москва побудувала економічний тиск, погрожуючи тарифами та заборонаю імпорту на українські товари. Якщо Росія серйозно ставиться до планів щодо Білорусі, Захід буде ще більш безпорадним, ніж під час Кримської анексії.*

<https://www.tagesspiegel.de/politik/plaene-des-russischen-staatschefs-wladimir-putin-will-offenbar-der-ueber-praesident-werden/23859294.html>

Fünf Jahre bleiben Wladimir Putin noch auf dem Posten des russischen Präsidenten, nach der Verfassung wäre es seine letzte Amtszeit. Die meisten gingen bisher davon aus, er werde tatsächlich in Rente gehen. Doch derzeit mehren sich die Signale, dass Putin im Jahr 2024 – dann 71 Jahre alt und ein Vierteljahrhundert an der Macht – das keineswegs vorhat. Putin ist offenbar auf der Suche nach einer Alternative zum Ruhestand. In Moskau ist es längst ein Gesellschaftsspiel, über die Frage zu diskutieren, wie „Er“ es macht.

Wieder ein fingierter Wechsel mit seinem Regierungschef Dmitri Medwedew? Eine Verfassungsänderung? Beides ist im Gespräch, scheint derzeit aber zu riskant. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst, die Krim-Euphorie ist weitgehend verflogen, die Kriege gegen die Ukraine und in Syrien sind teuer und die Wirtschaft rutscht in eine Rezession. Deshalb arbeitet Putins Mannschaft derzeit intensiv an einer eleganten Lösung. Dabei rückt der Nachbar Weißrussland in den Fokus.

Kein gemeinsamer Besuch beim Eishockey

Wenn zwei Staaten sich so nah sind, dass sie offiziell eine Union bilden, dann fällt es zunächst nicht auf, dass sich die beiden Präsidenten Putin und sein weißrussischer Kollege 13 Mal in einem Jahr treffen. Nach der vorerst letzten Begegnung aber geschah etwas Besonderes: Lukaschenko schlug eine Einladung aus, die er bis dahin liebend gern angenommen hatte. Die beiden Präsidenten gingen diesmal nicht gemeinsam zum Eishockey. In dieser Woche erklärte der weißrussische Präsident nun: „Russland ist dabei, seinen letzten Verbündeten in westlicher Richtung zu verlieren.“ Beziehungskrisen gab es immer wieder, diese aber scheint besonders tief.

Der Grund dafür ist die Forderung Moskaus, es müsse zusammenwachsen, was zusammengehört. Die Basis dafür bildet ein Vertrag, den Moskau und Minsk schon vor genau 20 Jahren geschlossen haben. Auf dieses Dokument setzt Putins Mannschaft nun offenbar große Hoffnungen bei der Suche nach einer mittel- bis langfristigen beruflichen Zukunft für Putin.

Vertrag für Föderation wurde bereits 1999 geschlossen

Schon im Jahre 1999 wurde nämlich verbindlich festgelegt, dass aus Russland und Weißrussland nicht nur ein Staatenbund, sondern ein Bundesstaat wird: eine Föderation mit einem gemeinsamen Rechtssystem, gemeinsamen Wirtschaftsraum, gemeinsamer Währung und einem gemeinsamen Staatsoberhaupt. Den Posten gibt es heute schon, aber er hat nicht einmal zeremonielle Funktionen.

Doch diese inhaltliche Leere ließe sich in den nächsten Jahren leicht füllen, davon ist die Moskauer Führung augenscheinlich überzeugt. Einen Kandidaten gibt es dann: Wladimir Putin. Das Gute daran: Putin könnte ohne Verfassungsänderung Präsident bis ans Lebensende sein, denn in dem Vertrag steht nichts von Wahlen.

Lukaschenko hat diese Vereinbarung zu einer Zeit abgeschlossen, als die Regierung in Russland so schwach war wie selten zuvor. Präsident Boris Jelzin hatte sich durch seine fatale Neigung zum Hochprozentigen zugrunde gerichtet, sein Regierungschef war ein politischer Nobody namens Putin. Der zur Selbstüberschätzung neigende Lukaschenko sah sich selbst schon als Herrscher über Russland und Weißrussland.

Die Macht von Lukaschenko wackelt

Doch jetzt wackelt seine Macht in Minsk erheblich. Noch verkündet er selbstbewusst, er werde sein Land „nicht für ein Fass Öl verkaufen“. Aber das hat er längst. Weißrusslands Geschäftsmodell basiert auf drei Säulen: russischen Krediten in Milliardenhöhe, die eigentlich Geschenke sind, einem zollfreien Export seiner Waren nach Russland und einem bis vor kurzem zollfreien Import russischer Rohstoffe, deren weiterverarbeitete Produkte für harte Währung in den Westen verkauft werden.

Moskau hat seinen Angriff auf dieses Geschäftsmodell bereits begonnen. In diesem Jahr sollen Zölle auf Gas- und Öllieferungen erhoben werden. Sie werden sich auf umgerechnet 350 Millionen Euro belaufen. Wenn nötig, kann Moskau den Druck jederzeit erhöhen.

Das Szenario ist bekannt, Lukaschenko hat das Bild der Ukraine vor Augen. Präsident Viktor Janukowitsch, einst auch ein guter Freund Russlands, scheiterte spektakulär bei dem Versuch, zweigleisig zu fahren und sich der EU anzunähern. Lange vor dem Machtwechsel in Kiew baute Moskau wirtschaftlichen Druck auf, drohte mit Zöllen und Importverboten für ukrainische Waren.

Der Westen wäre noch hilfloser als im Falle der Krim-Annexion

Wenn Russland mit seinen Plänen für Weißrussland ernst macht, wäre der Westen noch hilfloser als im Falle der Krim-Annexion. Erstens ließe sich der Anschluss aufgrund des Vertrages völkerrechtlich völlig sauber über die Bühne bringen. Zweitens ist es für die EU ohnehin keine attraktive Idee, dem Autokraten Lukaschenko beizustehen. Wenn doch, dann wäre EU-Unterstützung immer nur „Hilfe zur Selbsthilfe“. Brüssel würde an Minsk höchstens eine Angel verkaufen. Das Land bräuchte aber den Fisch – und das sofort und geschenkt.

Die Weißrussen diskutieren im Netz derzeit rege über die Zukunft Lukaschenkos. Der Präsident nennt Mutmaßungen über einen Anschluss „an den Haaren herbeigezogen“. Aber Lukaschenko weiß natürlich, dass er keine Wahl hat. Wenn es Putin gelingt – und daran besteht wenig Zweifel –, das Amt des Über-Präsidenten einer russisch-weißrussischen Union mit tatsächlicher Macht aufzuladen, dann bleibt für Lukaschenko nur die Rolle eines Regionalgouverneurs. Im besten Falle.

Debatte über Strafmaßnahmen gegen Russland Deutsche Firmen fürchten mögliche US-Sanktionen Deutsche Firmen, die in Russland Geschäfte machen, sehen mögliche US-Sanktionen mit Sorge. Ost-Ausschuss warnt vor Maßnahmen gegen Nord Stream 2.

[Claudia von Salzen](#)

<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/debatte-ueber-straftmassnahmen-gegen-russland-deutsche-firmen-fuerchten-moegliche-us-sanktionen/23856972.html>



[Mehr Artikel](#)

[Mehr Artikel](#)

Die Rohre für die Pipeline Nord Stream 2 werden bereits in der Ostsee verlegt. Foto: Bernd Wüstneck/dpa

Mit dem Russland-Geschäft können viele deutsche Unternehmen eigentlich zufrieden sein: Eine Mehrheit hat ihren Umsatz in Russland 2018 im Vergleich zum Vorjahr gesteigert. Das geht aus einer Umfrage unter 168 Unternehmen hervor, die der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer veröffentlichte. Jeder zehnte Befragte gab sogar Zuwächse von mehr als einem Viertel an. Ein Blick auf die deutschen Exporte nach Russland liefert allerdings ein anderes Bild: „2018 war kein gutes Jahr“, sagte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses, [Wolfgang Büchele](#), am Freitag in Berlin. Bestenfalls stehe am Ende im Vergleich [zum Vorjahr](#) eine „schwarze Null“.

Anzeige

Anzeige

Gespalten blicken die deutschen Unternehmer auch auf die künftige Entwicklung im Russland-Geschäft. Fast jeder Vierte befürchtet in diesem Jahr eine Verschlechterung der Wirtschaftslage, 41 Prozent der Befragten blicken optimistisch in die Zukunft. Doch was macht den deutschen Unternehmern, die sich in Russland engagieren, derzeit die größten Sorgen? An erster Stelle werden hier nicht die EU-Sanktionen sowie die russischen Gegenmaßnahmen genannt, sondern der volatile Wechselkurs. Was die wegen der Ukraine-Krise vor fast fünf Jahren verhängten Strafmaßnahmen angeht, ist mittlerweile offenbar ein Gewöhnungseffekt eingetreten. „Die Unternehmen fanden Wege, sich mit den Sanktionen zu arrangieren“, sagt Büchele. Nach wie vor sehen allerdings 53 Prozent der in Russland tätigen Firmen ihr Geschäft durch die Sanktionen der EU und Russlands beeinträchtigt.

Genau so viele Unternehmer sehen die Sanktionen der USA mit großer Sorge, wobei sich dies auch auf die im Prinzip beschlossenen, aber von US-Präsident Donald Trump noch nicht umgesetzten Maßnahmen bezieht. Denn diese Sanktionen könnten sich auch gegen europäische Firmen richten, sofern sie mit gelisteten russischen Unternehmen zusammenarbeiten. Mehr als die Hälfte der Befragten geht davon aus, direkt oder über Zulieferer oder Kunden von den US-Sanktionen betroffen zu sein. „Für den Mittelstand ist es fast unmöglich herauszufinden, wann man gegen die Sanktionen verstößt“, sagte Ausschuss-Vorsitzende Büchele. Die entsprechenden Texte seien vage formuliert. Der Lobby-Verein rät seinen Mitgliedsunternehmen, ihr Geschäft in Russland wie bisher weiterzuführen, solange die Regierung in Washington noch keine konkreten Maßnahmen ergreift.

"Unsere Souveränität in der Energiepolitik steht auf dem Spiel"

Besonders scharf kritisierte Büchele mögliche [US-Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2](#). Die bereits im Bau befindliche Ostsee-Pipeline soll russisches Erdgas nach Deutschland bringen, die Betreiberfirma ist im Besitz des vom russischen Staat gelenkten Konzerns Gazprom. Mehrere EU-Staaten sind seit Jahren erklärte Gegner des Projekts. Das vom Kongress in Washington verabschiedete Sanktionsgesetz ermöglicht es den USA, alle Firmen, die in irgendeiner Form das Pipeline-Projekt unterstützen, mit Strafmaßnahmen zu belegen. Bisher hat Trump dies aber nicht in die Tat umgesetzt.

Tagesspiegel Morgenlage



Überblick von Herausgeber Stephan-Andreas Casdorff über die Themen des Tages aus Politik und Wirtschaft

[Kostenlos bestellen](#)

„Hier steht unsere Souveränität in der Energiepolitik auf dem Spiel“, warnte Büchele. Die Lobby-Organisation fürchtet, dass sich die US-Sanktionen sogar auf die Käufer von Gas aus der neuen Pipeline erstrecken könnten: „Wenn die Abnahme von russischem Gas sanktioniert würde, wäre das ein Eingriff in die Souveränität Europas und der Bundesrepublik“, sagte Büchele.

Ost-Ausschuss für "neue Agenda" in Kooperation mit Russland

Weniger kritisch sieht der Ost-Ausschuss traditionell die Rolle Russlands. So fordert er in einem am Freitag vorgestellten Positionspapier „eine neue Agenda“ für die europäisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Darin heißt es, „die unterschiedlichen Bewertungen zu Russlands Vorgehen auf der Krim, der Krieg in der Ostukraine und fortgesetzte Meldungen über Geheimdienstaktivitäten und Cyberangriffe“ hätten auch in der Wirtschaft Verunsicherung ausgelöst. Der Ost-Ausschuss spricht sich für eine verstärkte Kooperation mit Moskau in verschiedenen Bereichen aus, etwa bei der Digitalisierung, der Mittelstandsförderung und der Energiepolitik.

Mehr zum Thema

[Deutsche Wirtschaft und Russland "Man kann Geschäfte machen ohne Schmiergeldzahlungen"](#)



[Mehr Artikel](#)

Kevin P. Hoffmann

Büchele hatte das Papier noch nicht offiziell vorgestellt, da erhielt der Ost-Ausschuss bereits Zustimmung aus einer Partei, die sonst kaum lobende Worte für deutsche Wirtschaftsvertreter findet: „Eine neue Ostpolitik und mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sind überfällig und im

europäischen Interesse“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Linken-Bundestagsfraktion, Fabio de Masi. „Der BDI beweist an dieser Stelle aus wirtschaftlichem Interesse mehr diplomatische Weitsicht als mancher Außenpolitiker in Berlin.“

[Mehr lesen? Jetzt E-Paper gratis testen! zur Startseite](#)

Autor

[Claudia von Salzen](#)